

Zwischenruf!

Rundbrief von Ulla Schmidt, MdB – Januar 2018

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,
liebe Genossin, lieber Genosse,

ich hoffe, Ihr seid alle gut ins neue Jahr
gestartet.

Die politische Debatte der vergangenen
Wochen stand ganz im Zeichen der
Sondierungsverhandlungen.

Die Frage, ob wir in einer erneuten
Großen Koalition mit CDU und CSU
weiterregieren wollen oder nicht, lässt
sich nicht so einfach beantworten. Für
viele ist es eine emotionale Frage und eine
Frage, von der die politische Zukunft
unserer SPD abhängen kann. Umso
beeindruckender ist der Respekt
füreinander und für die jeweiligen
Argumente.

Ich bin davon überzeugt: So wird es auch
in den kommenden Wochen weitergehen.
Und ich freue mich auf viele lebhaft
Diskussionen mit Euch.

Herzliche Grüße
Eure

Ulla Schmidt



Inhaltverzeichnis

Editorial	1
Außerordentlicher Bundesparteitag – Aufnahme von Koalitionsgesprächen	2
Die Sondierung: Das haben wir erreicht	2
Der SPD-Ortsverein Richterich wünscht ein frohes neues Jahr!	4
Der diesjährige Thouet-Mundartpreis geht an Dieter Böse!	4
Otto-Wels-Preis für Demokratie 2018	5
Mobilität und Austausch von Auszubildenden stärker fördern	5
Konsequent gegen Antisemitismus	6

Außerordentlicher Bundesparteitag – Aufnahme von Koalitionsgesprächen

Wir erleben derzeit eine lebhafteste Debatte in unserer Partei. Über 3.000 Stimmberechtigte und Gäste haben auf dem Bundesparteitag in Bonn in einer fairen, respektvollen, aber durchaus kontroversen Auseinandersetzung um den richtigen Weg für die SPD gerungen und das Für und Wider von Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU erwogen.

Martin Schulz hat klar gemacht, dass es bei der Abstimmung allein darum geht, ob wir entweder mit der Union in Koalitionsverhandlungen eintreten, oder in Neuwahlen gehen. Am Ende haben die Delegierten den Weg frei gemacht für Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU. Den Beschluss zur Aufnahme von Verhandlungen findet man [hier](#).

Das Nein zu einer Koalition mit der Union war am Wahlabend richtig, weil das Wahlergebnis eine Mehrheit für schwarz, gelb, grün zugelassen hat. Seitdem die „Jamaika-Option“ jedoch gescheitert ist, ist die Situation aus meiner Sicht jedoch eine andere. Davor dürfen wir nicht die Augen verschließen. Ohne unsere Beteiligung wird es keine Regierung geben können. Und ohne Regierung gibt es auch keine Opposition.

Das Sondierungspapier halte ich für eine gute Grundlage, um mit der Union zu verhandeln. Das habe ich bei „Eins zu eins“ im Gespräch mit [Anke Plättner im WDR](#) deutlich gemacht.

Wenn schlussendlich die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen stimmen und zu mehr Gerechtigkeit für die Menschen in

unserem Land führen, dann müssen wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diese Chance auch nutzen.

Ich bin da ganz bei Willy Brandt, der einmal sagte „[...] die ganze Politik soll sich zum Teufel scheren, wo sie nicht dazu dient, Menschen in Bedrängnis das Leben etwas leichter zu machen.“ Wenn also wir nicht der sozialen Gerechtigkeit eine Stimme geben, wird es auch kein anderer tun.

Hinzu kommt, dass wir nicht außer Acht lassen können, dass uns 20,5 Prozent der Menschen ihre Stimme gegeben haben. Diese Menschen möchten, dass wir etwas daraus machen. Sie haben uns gewählt, damit wir nach Möglichkeit das, was in unserem Wahlprogramm stand, auch umsetzen.

Drei Punkte zur Nachbesserung hat der Parteitag dem Verhandlungsteam mit auf den Weg gegeben: die Beseitigung der Ungerechtigkeit im Gesundheitswesen, die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und eine menschliche Regelung beim Familiennachzug von Flüchtlingen.

Am Ende haben die Mitglieder das Wort. Sie entscheiden darüber, ob das Verhandlungsergebnis eine gute Grundlage für die SPD ist, um in eine neue Regierung einzutreten. Ich hoffe darauf, dass die Menschen wollen, dass wir nach vorne gehen.

Die Sondierung: Das haben wir erreicht

Die SPD hat in den Sondierungsgesprächen mit CDU und CSU hart verhandelt – im Interesse der Menschen im Land. Unser Anspruch ist, dass eine neue

Bundesregierung den sozialen Zusammenhalt in unserem Land stärkt, dass sie Motor einer neuen Europapolitik wird, und dass sie unser Land dort erneuert, wo es nicht modern ist. Nicht alles, was aus unserer Sicht notwendig wäre, war mit den Unionsparteien möglich, aber wir haben viele Dinge erreicht, die den Alltag der Menschen in unserem Land ganz konkret verbessern.

Doch schon das Sondierungsergebnis kann das Leben von vielen Menschen deutlich besser machen: Mehr Geld in den Haushaltskassen der Familien, neue Jobs für 150.000 Langzeitarbeitslose, Mindestlohn für Azubis, mehr Geld fürs BAföG, Sicherheit im Alter durch die neue Grundrente, Investitionen in die Hochschulen, in schnelles Internet und neue Straßen. Das alles hat die SPD bereits durchgesetzt.

Für den Aufbruch in Europa

- sorgen wir für mehr Investitionen. Wir machen Schluss mit der einseitigen Sparpolitik und stärken den Zusammenhalt in der Eurozone.
- stellen wir sicher, dass die EU mehr Mittel im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für Jugendaustausch-Programme bereitstellt.
- schaffen wir einen Sozialpakt – mit europäischen Mindestlöhnen und einer Stärkung des Prinzips: gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.
- sorgen wir dafür, dass Unternehmen in Europa gerecht besteuert werden – nach dem Grundsatz: Dort, wo die Unternehmen Gewinne machen, zahlen sie auch ihre Steuern.

Für mehr Rechte und neue Perspektiven von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

- entlasten wir diese dadurch, dass Arbeitgeber wieder gleich viel in die Krankenkasse zahlen.
- werden 90 Prozent aller Steuerzahlerinnen und -zahler in Zukunft keinen Solidaritätszuschlag mehr zahlen müssen. Das entlastet vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen.
- sorgen wir dafür, dass Beschäftigte mit einem Einkommen bis zu 1.300 Euro brutto von Sozialversicherungsbeiträgen entlastet werden. Das betrifft häufig gerade Alleinerziehende.
- beenden wir die Teilzeitfalle – mit dem Rechtsanspruch auf Rückkehr in die vorherige Arbeitszeit.
- wollen wir erreichen, dass alle Menschen sich gerade in Zeiten des digitalen Wandels weiterbilden können. Dafür schaffen wir ein Recht auf Weiterbildungsberatung, stärken das Initiativrecht der Betriebsräte und schaffen bessere Angebote für Arbeitslose.
- führen wir eine Mindestausbildungsvergütung für Azubis ein.
- sorgen wir für bessere Bezahlung, mehr Personal und höhere Standards in der Pflege.
- setzen wir uns ein für mehr Sicherheit im Alter und Respekt vor der Lebensleistung: mit einem stabilen Rentenniveau, verbesserten Erwerbsminderungsrenten und der neuen Grundrente.
- geben wir Menschen, die lange ohne Arbeit waren, wieder eine Perspektive.

Wir schaffen einen sozialen Arbeitsmarkt für 150.000 Menschen und investieren dafür 1 Milliarde Euro pro Jahr.

Für mehr Freiräume und Chancen für Familien

- steigen wir ein in gebührenfreie Kitas.
- erhöhen wir das Kindergeld um 25 Euro. Auch der Kinderfreibetrag wird entsprechend steigen.
- schaffen wir den Soli schrittweise ab.
- machen wir die Mieten bezahlbarer und schaffen 1,5 Millionen neue Wohnungen.
- entlasten wir Familien bei den Sozialversicherungsbeiträgen.
- führen wir einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter ein.
- investieren wir 2 Milliarden Euro für den Ausbau von Ganztagschulen.
- schreiben wir die Kinderrechte ins Grundgesetz.
- zahlen wir 1 Milliarde Euro zusätzlich für höheres BAföG.
- erhöhen wir den Kinderzuschlag und geben mehr Geld in das Bildungs- und Teilhabepaket.

Alle Ergebnisse der Sondierungsgespräche kann man [hier](#) nachlesen.

Der SPD-Ortsverein Richterich wünscht ein frohes neues Jahr!

Der Neujahrsempfang der SPD-OV Richterich hielt was die Einladung versprach. Es war ein toller Abend, den viele Vertreter der ortsansässigen Vereine, ehrenamtlich Tätige und politisch Engagierte zum Gedankenaustausch und

für (politische) Gespräche in einer angenehmen Atmosphäre mit musikalischer Untermalung nutzen.



Der diesjährige Thouet-Mundartpreis geht an Dieter Böse!

„Vür sönd vür“ halte es gestern durch das Aachener Rathaus.



Der Öcher Rockmusiker Dieter Böse wurde vor 700 begeisterten Zuschauern mit dem Thouet-Mundartpreis der Stadt Aachen ausgezeichnet und bedankte sich mit

einem musikalischen Beitrag! Mit seinen Liedern im Öcher Platt ist er ein bedeutender Kulturbotschafter unserer Stadt.

Otto-Wels-Preis für Demokratie 2018

Bis zum 14. Februar 2018 können sich auch in diesem Jahr nicht-kommerzielle, gemeinnützige Initiativen, Projekte und Vereine für den „Otto-Wels-Preis für Demokratie 2018“ bewerben.



Die SPD-Bundestagsfraktion zeichnet Projekte und Initiativen aus, die sich für ein nachbarschaftliches Gemeindeleben, für soziale Integration in der Kommune oder ein lebendiges Miteinander im Stadtquartier einsetzen. Den Preisträgern winken attraktive Geldpreise und eine Einladung zur Preisverleihung nach Berlin. Gewinner ist in jedem Fall die Solidarität in unserer Gesellschaft!

Mehr Informationen gibt es unter www.spdfraktion.de/ottowelspreis.

Mobilität und Austausch von Auszubildenden stärker fördern

Gerade mit Blick auf den Erfahrungszugewinn ist ein

Studienaufenthalt im EU-Ausland mittlerweile für viele Normalität, denn Sprachkenntnisse und interkulturelle Kompetenz helfen auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Förderprogramme wie Erasmus+ sind jedoch nicht allein Akademikern vorbehalten.

Dennoch nutzen nur 4,5 Prozent der deutschen Auszubildenden die Gelegenheit, im EU-Ausland Erfahrungen zu sammeln. Das sind zu wenige, wenn man bedenkt, dass auch der hiesige Arbeitsmarkt zunehmend internationale Aspekte aufweist. Denn Kenntnisse über ausländische Arbeitsweisen und Sprachen gewinnen auch in der beruflichen Bildung zunehmend an Bedeutung.

Anlässlich des 55-jährigen Bestehens des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages hat die SPD-Bundestagsfraktion in einem Antrag im Plenum des Deutschen Bundestages die Vertiefung der Beziehungen und des Austauschs gefordert. Aus unserer Sicht gelingt das vor allem durch gegenseitiges Verständnis und die Förderung des Zusammenhalts. Auszubildende beider Länder, wie aus der ganzen EU, können mit ihren Aufenthalten dazu beitragen, bauen gleichzeitig ihren Erfahrungsschatz aus und eröffnen sich so interessante Karriereperspektiven.

Bildung und Mobilität in der beruflichen Bildung können zum europäischen Zusammenhalt beitragen und sind ein wichtiger Baustein für mehr Gleichwertigkeit gegenüber den akademischen Berufen. Deshalb setzen wir uns für mehr Azubi-Austausch ein und

fordern ein stärkeres Engagement der Unternehmen.

Konsequent gegen Antisemitismus

Alle Formen von Antisemitismus müssen in Deutschland entschlossen bekämpft werden. Das kann nicht allein staatliche Aufgabe oder gar Aufgabe der in Deutschland lebenden Menschen jüdischen Glaubens sein.

Im Vorfeld des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus fordert die SPD-Bundestagsfraktion in einem gemeinsamen Antrag mit der Union, der FDP und den Grünen ein entschlossenes politisches und gesamtgesellschaftliches Engagement zur Bekämpfung von Antisemitismus.

Der größte Teil antisemitischer Delikte ist weiterhin rechtsextrem motiviert, antisemitische Einstellungen im Rechtsextremismus sind seit Jahrzehnten stark ausgeprägt. Die Gefahr eines durch Zuwanderung erstarkenden Antisemitismus muss die gleich hohe Aufmerksamkeit wie dem bestehenden Antisemitismus in Deutschland zukommen.

Antisemitismus findet sich in allen politischen Lagern und er nimmt mit dem Antizionismus und der Israelfeindlichkeit auch neue Formen an.

Wir wollen unter anderem einen Antisemitismusbeauftragten einsetzen, der die Arbeit gegen Antisemitismus ressortübergreifend koordiniert. Auch die Förderung von zivilgesellschaftlichem Engagement und die Bildungsarbeit zur

Prävention und Bekämpfung des Antisemitismus sollen ausgebaut und verstetigt werden.

Den genauen Wortlaut des gemeinsamen Antrags findet man [hier](#).

Impressum

Herausgeberin:

Ulla Schmidt, MdB

Heinrichsallee 52 – 54

52062 Aachen

Telefon: 0241/536640

Fax: 0241/9039200

Email:

ursula.schmidt.wk@bundestag.de

Homepage: www.ulla-schmidt.de

Redaktion: *Wahlkreisbüro*